

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruckerei: Wachelt'sche Buchdruckerei
Hauptredaktion: Wachelt'sche Buchdruckerei
Karlstr. 10, Dresden

Bezugspreis vom 1. 10. 26. Februar 1930 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1,70 RM.
Einzelnummer 10 Pf. Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Gelddruck berechnet: Die ein-
seitige 20 mm breite Zeile 25 Pf., für einwöchig 40 Pf., Familienanzeigen und Stellenangebote
ohne Rabatt 15 Pf., außerhalb 25 Pf., bis 20 mm breite Zeile 200 Pf., außerhalb 250 Pf.
Offertengelder 30 Pf. Kuchentage gegen Voranzahlung

Druck u. Verlag: Leipzig & Reichardt,
Dresden, Postfach-Rt. 1068
Kuchentage nur mit best. Quellenangabe
(Dresden, Reichardt) zulässig. Unverlangte
Schriftsätze werden nicht aufbewahrt

Sardien und Poincaré lehnen ab

Wer bildet das französische Kabinett?

Paris, 26. Febr. Präsident Doumergue empfing den Senatspräsidenten Doumer und den Kammerpräsidenten Bouisson. Darauf wurde Tardieu ins Elysee gebeten und traf um 11 Uhr dort ein. Er lehnte die ihm angebotene Kabinettsbildung wiederum ab und verwies Doumergue auf Poincaré, dem er, Tardieu, seinen Beistand leihen werde.

Wie Poincaré Pressevertretern mitteilte, lehnt er die Bildung des Ministeriums ab.

Zwei feindliche Lager

Drahtbericht unseres Pariser Korrespondenten

Paris, 26. Febr. Nach dem endgültigen Abstimmungsresultat in der gestrigen Kammer Sitzung ist das Kabinett Chautemps mit 292 gegen 277 Stimmen gestürzt worden, also mit 15 Stimmen in der Minderheit geblieben. Trägt man den nachträglich noch angemeldeten Stimmberechtigungen Rechnung, so ergibt sich sogar, zumal da sieben kommunistische Abgeordnete erklärten, daß sie sich nicht der Stimme enthalten, sondern gegen das Kabinett stimmen wollten, eine Minderheit von 22 Stimmen.

Die heutige Morgenpresse gibt ziemlich allgemein zu, daß diese Abstimmung einen Sieg Tardieus bedeute und daß Tardieu der Mann sei, den der Präsident der Republik wieder

mit der Kabinettsbildung beauftragen müsse. Andererseits machen sich Stimmen geltend, die darauf hinweisen, daß mit einer solchen geringen Majorität von 10 bis 15 Stimmen, wie sie sich höchstens nach Abzug der kommunistischen Stimmen ergibt, eine dauerhafte Regierung nicht möglich sei, kurzum, daß

zwei feindliche ungefähr gleich starke Blöcke in der Kammer sich gegenüberstehen und daß nur eine Regierung der Konzentration, wie Franklin-Bouillon sie gestern verlangte und die in der Mitte des Hauses ihren Hauptstützpunkt finden würde, eine dauerhafte Majorität ergeben könne, d. h. also eine Regierung, die sowohl die äußerste Rechte, wie die äußerste Linke umschließt. Für die Uebernahme einer solchen Regierung nennt man an erster Stelle Briand, aber auch wieder Poincaré und einige der parteimäßig nicht streng festgelegten Senatoren, wie Steeg, Clementel, Sarraut usw.

Das große Industrieblatt, die „Journée Industrielle“ verlangt vor allem von der kommenden Regierung eine gründliche Steuerreform. Der Versuch einer Wiedererweckung des Einkommensteuers dürfte nach der gestrigen Niederlage Chautemps für diese Legislaturperiode als endgültig gescheitert zu betrachten sein. Die Radikalen wollen dies zwar nicht zugeben. Der sozialistische „Populaire“ dagegen schreibt: Der Beweis sei jetzt zum Ueberflus erbracht, daß die

Majorität in dieser Kammer rechts sei. Die erst für morgen vorgesehene Besprechung der Führer der verschiedenen Delegationen auf der Londoner Seeabklärungskonferenz wird nach den letzten Nachrichten aus London schon heute stattfinden. Es ist anzunehmen, daß die vier Delegationenführer ganz einfach die Weitervertagung der Konferenz bis zur endgültigen Lösung der französischen Regierungskrise beschließen werden.

Curtius unter französischem Druck

Der Grund seiner Rücktrittsdrohung

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 26. Februar. Das Reichskabinett tritt morgen 10 Uhr zusammen. Es steht sich sowohl im Hinblick auf die Außenpolitik als auch auf die Finanzpolitik vor einer nach wie vor völlig ungeklärten, ja sogar verwirrten Lage. Es wäre falsch, anzunehmen, daß die Regierung den Endspurt hinsichtlich des Polenabkommens bereits gemacht habe. Richtig ist zwar, daß sie mit den schärfsten Druckmitteln arbeitet. Aus einer Judisikation eines Einkommensteuers, wie heute in den vereinigten Youngausschüssen ausgedrückt festgehalten worden ist, geht hervor, daß der Reichsaussenminister Dr. Curtius in der gestrigen vertraulichen Sitzung der Ausschüsse mit seinem Rücktritt gedroht habe, falls hinsichtlich des Polenabkommens die Mehrheit des Ausschusses nicht sagbar sei. Dieses Vorgehen des Reichsaussenministers ist indes nicht neu. In einer Parteiführerbesprechung am vergangenen Montag hat Dr. Curtius bereits mit seinem Rücktritt gedroht. Es erhebt sich nun erneut die Frage,

weshalb sich die Regierung so hart für die Verbindung von Youngplan und Polenabkommen einsetzt.

Aus Paris vorliegende Meldungen geben trotz aller Demüts der Wilhelmstraße in dieser Hinsicht einen Fingerzeig. Es verlaute, daß auf dem Wege über die Wirtschaftskreise französische Stellen, die dem Außenminister Briand nicht fernstehen dürften, in Berlin haben wissen lassen, daß

Frankreich unter keinen Umständen auf das Junction zwischen Youngplan und Polenabkommen zu verzichten gedenke.

Danach sieht es erneut wieder so aus, als ob die Wilhelmstraße und insbesondere der Außenminister unter stärkstem französischen Druck steht und in dieser Zwangslage nicht anders operieren zu können glaubt, daß er diesen Druck auf die Reichstagsausschüsse und den Reichstag selbst weiter gibt.

Durch die Auseinandersetzungen mit der Tageszeitung „Der Deutsche“ hinsichtlich der polnischen Stellung bezüglich der Sanktionsfrage hat Dr. Curtius nun auch in Dr. Wirth einen Bundesgenossen gefunden. Der Ausschuss Dr. Wirth, der im übrigen in einer für einen Minister immerhin peinlichen aggressiven Form gehalten ist, vermag indessen die Bedenken der wirklichen Kenner der Situation hinsichtlich des polnischen Liquidationsabkommens nicht zu zerstreuen. Auch ein zweiter Artikel, den heute Dr. Wirth an die Öffentlichkeit gegeben hat, bemüht sich vergeblich, den Nachweis zu führen, daß die Stellung der Regierung hinsichtlich der Sanktionsformel hieb- und stichfest sei.

Im Dual d'Orsay hat man sich bekanntlich über die Sanktionsfrage bisher ausgesprochen. Aber angesichts der auch in Frankreich verwirrten parlamentarischen Lage wird man dort eines Tages mit der Sprache heraus müssen. Die Franzosen scheinen heute aus guten Gründen darüber, daß sie selbst der Ansicht sind, eine Sanktionsformel bestünde, im Gegensatz zum deutschen Kabinett, das immer die These vertritt, die Sanktionen seien in Zukunft unmöglich.

Die französische Rechte wird aber dem Youngplan nie und nimmer zustimmen, wenn sie sich davon überzeugen müßte, daß Sanktionsmöglichkeiten nicht mehr bestehen.

Der Ausfluß der unsicheren parlamentarischen Lage findet

auch einen Niederschlag in den Beschlüssen, die der Weiteerrat heute vormittag gefaßt hat. Danach soll die ganze zweite Lesung des Youngplans auf Ende nächster Woche verschoben werden.

Morgen wird die Entscheidung über den Einspruch des Reichsrats gegen die vom Reichstag beschlossene Novelle zum Hauszinssteuergesetz das Plenum beschäftigen. Nach dieser Novelle sollen die Hauszinssteuerrückflüsse ausschließlich wieder für den Wohnungsbau verwendet werden. Ferner sollen am Donnerstag das Ministerpensionsgesetz und einige kleinere Vorlagen auf die Tagesordnung kommen. Am Freitag soll dann die erste Lesung des Nachtrags-Haushalts für 1930 vorgenommen werden.

Vom Sonnabend bis einschließlich Mitte nächster Woche wird eine Verhandlungspause gewünscht. Was es

Für und gegen Schied

Neue Entschliessungen der Parteien zur Krisenlösung in Sachsen

Nach der Deutschnationalen und der Volkspartei haben nun auch die kleineren Parteiengruppen im Sächsischen Landtag ihre Stellungnahme zu dem Vorschlag der Wirtschaftspartei, den Präsidenten Schied zum Ministerpräsidenten zu wählen, bekanntgegeben. Zunächst die Volkspartei. Sie hat erklärt, daß sie gegen die Person des Präsidenten Schied nichts einzuwenden habe. Da es sich aber wieder um einen hohen Beamten handele, der für die Ministerpräsidentenschaft vorgeschlagen werde, verlange sie, daß das ganze Kabinett aus Beamten zusammengefaßt werde und daß der Volkspartei vor der Wahl des Ministerpräsidenten die Namen der in Aussicht genommenen Minister mitgeteilt würden, damit dadurch verhütet werden könne, daß unter dem Deckmantel eines neutralen Beamten ein Parteimann einziehe.

Damit wäre also die Volkspartei grundsätzlich für die Kandidatur Schied gewonnen; eine neue Schwierigkeit erübründe aber aus ihrer Forderung nach einem reinen Beamtenkabinett, weil sich diese — ob gewollt oder nicht — gegen die Wiederkehr des wirtschaftsparteilichen Finanzministers Dr. Weber richtet. Dieser hat sich in vierjähriger Tätigkeit so gut in sein Ressort eingearbeitet, daß die Forderung nach seiner Entfernung nur deshalb, weil er nicht Beamter ist, auf kein Verhängnis bei den anderen Parteien, am wenigsten natürlich bei seiner Partei, stoßen dürfte. Abgesehen davon, daß das Verlangen nach vorheriger Bekanntgabe der Ministerliste an die Parteien nicht mit der Verfassungsbestimmung zu vereinbaren ist, wonach der Ministerpräsident seine Mitarbeiter nach eigenem Ermessen auswählt, wäre es bedauerlich, wenn die Neubildung einer bürgerlichen Regierung von solchen abseits liegenden Schwierigkeiten geemmet würde.

Es gibt ja ohnedies genug Steine aus dem Weg zu räumen, vor allem den scharfen demokratischen Widerstand. Während der gestrigen Landtagssitzung hatte der demokratische Fraktionsführer Dr. Dehne eine vielbeachtete Aussprache mit dem volksparteilichen Führer Dr. Blüher, und es ist nicht schwer zu erraten, daß er ihn für Verhandlungen mit den Sozialdemokraten gewinnen

mit dieser Verhandlungspause auf sich hat, hatten wir kürzlich bereits einmal angedeutet.

Es ist ein Skandal, der nicht scharf genug herausgestellt werden kann, daß mitten in den schicksalsschweren Verhandlungen über den Youngplan und die Finanzkatastrophe gewisse Reichstagsabgeordnete nicht glauben, auf die angeblich zum Gewohnheitsrecht gewordene Verhandlungspause verzichten zu können.

In ernstbedenkenden politischen Kreisen ist man darüber einer Meinung. Die Verhandlungspause wird am nächsten Donnerstag zu Ende sein, und dann will man mit der zweiten Lesung des Youngplans beginnen, vorausgesetzt, daß die Regierung überhaupt noch besteht und nicht der Reichsaussenminister Dr. Curtius bereits ernst mit seinen Rücktrittsdrohungen gemacht hat. An die zweite Lesung soll sich dann sofort die dritte Lesung anschließen. Die ganze Sache soll in reichlich vier Tagen erledigt sein.

Die Schlussabstimmung dürfte aber nicht vor Montag über acht Tage stattfinden.

Die Beratung der Republikhaushaltsgesetze ist zugunsten des Nachtrags-Haushalts zunächst einmal zurückgestellt worden.

Nicht viel leichter hat es die Regierung, wie wir bereits berichteten, in finanzpolitischer Hinsicht. Erst heute wieder ist von sozialdemokratischer Seite nachdrücklich erklärt worden, daß man links an dem jetzigen Zustand der Arbeitslosenversicherung, insbesondere der Höhe der Leistungen nicht rütteln läßt. Daneben besteht noch

ein Loch von 80 Millionen,

das gedeckt werden muß und für das jetzt Stimmung für eine omnibus-Benzinsteuer gemacht wird. Unter der Hand verlaute daher, daß der Gedanke einer Benzinsteuer bereits habe in den Hintergrund treten müssen und man nur noch neue Zölle für die Einfuhr der Rohmaterialien, für Benzin und Benzol in Aussicht nehmen möchte. Im Effekt kommt es jedoch auf dasselbe heraus.

Die Differenz trägt der Verbraucher, der nicht gerade exzessiv sein dürfte, wenn der Benzinpreis sich plötzlich um rund 20 Prozent erhöhen sollte.

Die Volkspartei hat bekanntlich den Gedanken des Notopfers scharf zurückgewiesen, und nun geht der interne Kampf im Kabinett besonders zwischen Dr. Moldenhauer und dem Reichsarbeitsminister. Wenn man jetzt versucht, der deutschen Öffentlichkeit die Benzinsteuer dadurch schmackhaft zu machen, daß man sagt, im Geolge einer großen Kraftfahrzeugeteuerreform würde die Sache schon ausgeglichen werden, so muß dem entgegengehalten werden, daß grundsätzlich eine Bindung besteht, daß

die Erträgnisse der Kraftfahrzeugeteuer für den Begegnungsbau bestimmt sein sollen

und nicht zur Ausfüllung irgendwelcher Lücken im Etat. Die Verschaffenheit des deutschen Straßennetzes liegt gerade noch genügend im argen, und wenn der deutsche Automobilitätswesen wieder einmal mit Steuern herangezogen werden soll, dann wäre mindestens zu fordern, daß diese Steuern restlos für den Begegnungsbau Verwendung finden.

Berlin, 26. Febr. Reichsaussenminister Dr. Curtius leidet an einer schweren Erkältung, die ihn heute an das Bett festsetzt und von den Ausfüherverhandlungen über den Youngplan fernhält. Der Minister hofft aber, am Donnerstag tag den Beratungen wieder beizuwohnen zu können.

wollte. Offenbar ohne Erfolg; denn kurz darauf wurde der volksparteiliche Beschluß gefaßt, der die Kandidatur Schied übernimmt.

Nun führen die Demokraten den Gegenstoß, indem sie neuerdings erklären, sie müßten die Kandidatur Schied ablehnen, weil sie keine Regierung unterstützen könnten, die sich auf die Nationalsozialisten stützen müsse. Die demokratische Abgabe an die Wirtschaftspartei hat folgenden Wortlaut:

„Wenn wir den Sinn Ihres Schreibens richtig verstehen, streben Sie die Neubildung des Kabinetts auf der bisherigen Grundlage an. Wir sind der Ansicht, daß eine Regierung, die sich auf die Nationalsozialisten stützt oder auch nur von ihrer Duldung abhängig ist, nicht von Dauer sein kann und zur Bewältigung der schweren Aufgaben, die — wie Sie zutreffend sagen — in naher und ferner Zukunft zu lösen sind, nicht fähig ist, da sie sich auf eine ausreißende und sichere Mehrheit im Landtag nicht stützen kann. Wir bedauern deshalb, Ihnen unsere Unterstützung für Ihren Plan der Regierungsbildung nicht zusagen zu können.“

Mit dieser Antwort soll natürlich auf die Volkspartei ein starker Druck ausgeübt werden, um sie zu zwingen, doch in Verhandlungen mit den Sozialdemokraten einzutreten. Ob aber die Demokraten nach einem unvermeidlichen Scheitern solcher Besprechungen über die Große Koalition ihren hartnäckigen Widerstand gegen eine Lösung im bürgerlichen Sinne aufrechterhalten können, werden sie sich noch hart überlegen müssen. Die dann eintretende Notwendigkeit der Landtagsauflösung und gegenwärtig besonders unannehmlicher Neuwahlen würde von den demokratischen Wählern sicher nicht verstanden werden, auch dann nicht, wenn man versucht, ihnen vor den Nationalsozialisten dange zu machen. Die demokratische Fraktion würde sich damit eine Verantwortung aufgeben, unter deren Last sie endgültig zusammenbrechen könnte. Ihrer Auffassung widerspricht das Volksempfinden, das mit sicherem Instinkt die augenblicklich drohende Gefahr von links kommen sieht.

Die zwei Nationalsozialisten werden voraussichtlich der Wirtschaftspartei auf dem Vorschlag Schied nicht schriftlich ant-